

# Stadträte greifen Pfeleiderer direkt an

**POLITIK** Die Debatte um das Biomassekraftwerk gipfelt in einem offenen Streit. SPD, UPW, FDP und Grüne entrüsten sich über die Aussage der Firmenleitung, die Anlage gefährde Jobs.

VON EVA GAUPE

**NEUMARKT.** Der Streit zwischen Oberbürgermeister Thomas Thumann und Stadtwerkedirektor Manfred Tylla auf der einen sowie der Unternehmensleitung der Firma Pfeleiderer auf der anderen Seite weitet sich aus. Nach einer Informationsveranstaltung auf Einladung des OBs, zu der alle Stadtratsfraktionen gebeten worden waren außer CSU und FLITZ, veröffentlichten UPW, SPD, FDP und Grüne einen offenen Brief an den Pfeleiderer-Vorstand, der es in sich hat.

Sie weisen mit scharfen Worten den Vorwurf von Michael Wolff zurück, durch das Biomasseheizkraftwerk (BMHKW) würden Arbeits-

plätze bei Pfeleiderer gefährdet. Darauf hatte der Leiter der Pfeleiderer Holzwerkstoffe GmbH seine jüngsten Äußerungen zugespitzt. Und sie sind auch der Grund, weshalb sich der Betriebsrat entschlossen hat, am Samstag vor dem Rathaus gegen das Kraftwerk zu demonstrieren.

„Zu der ganzen unsinnigen und angstschürenden Diskussion Ihrerseits können wir nur an Sie appellieren: Hören Sie auf, Ängste und Unwahrheiten in der Bevölkerung gegen das BMHKW zu verbreiten!“ heißt es in dem eineinhalb Seiten langen Schreiben, unter dem die Namen von Dr. Werner Mümmler, Gertrud Heßlinger, Thomas Leykam und Helga Hoerkens stehen. Gleichzeitig konfrontieren die Stadträte ihrerseits die Unternehmensleitung mit Fragen: „Warum blasen Sie seit über zehn Jahren die Abwärme ungenutzt in die Luft? Warum haben Sie das der Stadt nicht schon vor zehn Jahren seit der Inbetriebnahme Ihres neuen Werkes konkret angeboten?“

Die Kritik vonseiten Pfeleiderers, das geplante Kraftwerk trete als direkter Konkurrent auf dem Holzmarkt auf, wollen die vier Stadtratsparteien nicht gelten lassen – auch wenn nun doch Industrieholz und Holzspäne verarbeitet werden, obwohl dies von der Stadtverwaltung wie auch den Stadtwerken bislang immer verneint worden war. Die Holz mengen, die das Biomasseheizkraftwerk benötige, seien deutlich geringer als die, die Pfeleiderer einkaufe. Darüber hinaus verweist man auf Holzbestände aus den Truppenübungsplätzen der Amerikaner, die Pfeleiderer aufgrund eventueller Granatsplitter sowieso nicht nutzen könnte. Der Holzpreis werde dadurch nicht gefährdet.

Und die SPD-Stadtratsfraktion schickte am Freitag noch eine Stellungnahme hinterher und verweist darin unter anderem auf den Bau der Pfeleiderer-Energiezentrale vor gut zehn Jahren. Damals sei den Stadtwerken „quasi über Nacht ein Drittel ihres Stromumsatzes“ weggebrochen

– „und keiner hat sich damals um die Arbeitsplätze der Beschäftigten der Stadtwerke geschoren“.

Überhaupt störe es sie, dass diese Debatte nun auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werde, ergänzte dazu die Fraktionsvorsitzende Heßlinger im Gespräch mit dem Tagblatt. „Ich finde es absolut schlimm, dass so die Angst der Menschen geschürt wird.“ Da werde Stimmung gemacht, anstatt sachlich über das Thema zu sprechen. Letzteres müsse nachgeholt werden – allerdings parallel zu den weiteren Planungen für das Biomasseheizkraftwerk. „Wir müssen das eine tun und das andere nicht lassen“, so die SPD-Stadträtin. Wenn man die Gespräche und das sicher nötige Gutachten zu der Fernwärmelieferung von Pfeleiderer für die Stadt abwartete, gehe zu viel Zeit verloren.

Das sieht der Fraktionsvorsitzende der CSU, Werner Thumann, anders. Erstens sei er doch sehr überrascht, dass die CSU zu dem Informations treffen am Donnerstagabend nicht eingeladen wurde, und zweitens dränge sich ihm der Verdacht auf, dass der OB dadurch im Vorfeld der Stadtrats Sitzung versucht habe, sich eine Mehrheit zu organisieren. Eine Stadt, die sich nachhaltiges Wirtschaften auf die Fahne schreibe, müsse eine breite Bürgerbeteiligung gewährleisten – „und nun wird nicht mal die breite Mehrheit des Stadtrats beteiligt“. Mit den beiden FLITZ-Vertretern seien immerhin 18 Stadträte nicht einbezogen worden.

Das habe nichts mit Ausgrenzung zu tun, versicherte Bernhard Lehmeier, der im Namen des OB die Einladungen verschickt hatte. Man habe die CSU nicht dazu gebeten, weil man gewusst habe, dass sie am Donnerstag eine Fraktionssitzung mit Gästen der Stadtwerke und der Firma

Pfeleiderer anberaunt hatten.

Doch Werner Thumann stößt auch auf, dass der Oberbürgermeister dem Gutachter Prof. Markus Brautsch untersagt habe, an einer Informationsveranstaltung der CSU teilzunehmen. „Solche Projekte kann man nicht durchpeitschen, sie brauchen die breite Mehrheit des Stadtrats.“

Und deshalb fordere die CSU, dass das Projekt noch einmal überdacht wird. Bislang habe man der Planung eine gewisse Strommenge als Ziel zugrunde gelegt und sich dann überlegt, was mit der anfallenden Restwärme passieren soll. Doch man müsse andersherum herangehen: Erst ermitteln, wie viele Abnehmer es überhaupt für die Wärme gibt, und daraus die Größe des Kraftwerkes berechnen. Denn in der jetzt geplanten Dimension würde sich die Anlage erst ab einer Abnahme von 60 000 Megawattstunden Wärme pro Jahr rechnen – und die seien kaum zu finden.

Im übrigen müsse man die Aufregtheit aus der Diskussion nehmen – und den Dialog zwischen Stadt und Pfeleiderer intensivieren. Und genau zu diesem Dialog luden die Geschäftsleitung von Pfeleiderer Holzwerkstoffe, Michael Wolff, und der wodego GmbH, Ulrike Hilger, die Stadträte postwendend am Freitagnachmittag ein. Denn sie hätten durch persönliche Gespräche mit Stadträten zwischenzeitlich selbst erfahren, „aufgrund welcher Informationen sowie Halbwahrheiten“ sie aufgefordert würden, eine Entscheidung zu treffen.



Die Stimmung zwischen Rathaus und der Firma Pfeleiderer ist ziemlich angespannt.

